

Ausgabe

Februar 2011

Die Entsenderichtlinie der EU muss reformiert werden, damit sie wieder das leistet, was sie leisten soll: nämlich arbeitsrechtliche Mindeststandards festzulegen

mehr dazu auf Seite 6

Übersicht:

LPVG	2
Pflegeversicherung	3
Fortschritt durch Gleichstellung	4
Mandatsverlängerung	
Afghanistan	5
Entsenderichtlinie	6



**Informationsdienst der SPD Düsseldorf
für die Bundestagswahlkreise 107 und 108**

**Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen**

Die SPD-Düsseldorf hat das Neue Jahr an vielen Orten mit Neujahrsempfängen begonnen. In fast allen Reden wurde der brisanten Entwicklungen in den Makreb-Staaten gedacht. Dort sind Menschen nicht mehr Willens ihr Leben von korrupten Staatschefs und Despoten regeln zu lassen. Sie wollen mehr Mitsprache, Pressefreiheit, Demokratie. Viel zu spät haben die Regierungsverantwortlichen in Europa die Umwälzungen in der Elfenbeinküste, in Tunesien und Marokko zur Kenntnis genommen. Zu sehr haben sie sich gewunden, um sich von den bisherigen Machtinhabern zu distanzieren und den jungen demokratischen Reformbewegungen Unterstützung anzubieten. Die Außenpolitik der FDP/CDU/CSU-Regierung erschöpft sich scheinbar darin, über rote Teppiche zu laufen und mit Fähnchen auf der Weltkarte die eigene Reisetätigkeit zu dokumentieren.



Neujahrsempfang der SPD im Benrather Schloss mit Jubilarehrung

Die jungen Demokratiebewegungen warten heute aber nicht mehr darauf, dass sich Politiker zu ihnen bewegen. Sie haben längst die neuen Mobilisierungsmöglichkeiten über das Internet entdeckt. Sei es in Nordafrika, oder in Stuttgart 21. Sie sind es leid ihre Forderungen ungehört verschallen zu lassen. Deshalb ist es gut, dass sich einzelne Mitglieder des Deutschen Bundestages für eine Enquete-Kommission zum Thema „Demokratie“ einsetzen.



Ob unsere Demokratie noch in guter Verfassung ist, welche Auswirkungen Wahlversprechen und ihre Nicht-Umsetzung mittel- und langfristig auf die Wählerbeteiligung haben, wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft, wenn immer mehr Bürgerinnen und Bürger der Ansicht sind, dass die Politik nicht in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen?

Wir haben in Deutschland eine sehr junge Demokratie: 65 Jahre. Der Satz von Willi Brandt „mehr Demokratie wagen“ war der Auftrag an alle, unverzagt und vertrauensvoll mehr Beteiligung und Mitbestimmung zuzulassen. Oder wie Max Frisch es nannte: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Das ist auch ein Auftrag, dem sich die SPD in Düsseldorf immer wieder neu stellen muss. Politik erschöpft sich nicht in Presseerklärungen und Beschlusslagen. Sondern fordert uns immer wieder neu heraus, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger an unserer Politik mehr denn je zu beteiligen und sie mit ihrem Wissen und ihrem Können in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Nach vielfältigen Protesten, dem Entstehen von Bürgerinitiativen und den neuen sozialen Bewegungen, geht es heute um die Erweiterungen der institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten.

Ich freue mich auf die Ideen, die wir dazu entwickeln.

Mit einem herzlichen Gruß

Harri Hofmann

Nordrhein-Westfalen muss wieder
Mitbestimmungsland Nr. 1 werden!



Eckpunkte für ein modernisiertes
Landespersonalvertretungsgesetz



Landespersonalvertretungsgesetz Mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst

Ende Januar 2011 hat die NRW-Landesregierung einen ersten Entwurf für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) verabschiedet, der sich jetzt in Düsseldorf in der so genannten Verbändeanhörung befindet. Im April wird dann der endgültige Gesetzesentwurf vom Kabinett in den NRW-Landtag eingebracht, der noch vor der Sommerpause im Parlament verabschiedet werden soll. Mitbestimmung findet in NRW wieder auf Augenhöhe statt. Die SPD lädt alle MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst und die Personalräte dazu ein, mit uns über den Entwurf zu sprechen und Vorschläge, Ergänzungen oder auch Kritik anzubringen. Der Referentenentwurf ist vielversprechend und eine gute Grundlage, denn im neuen LPVG wird es nicht nur um eine Wiederherstellung der von Schwarz-Gelb im Jahr 2007 abgeschafften Mitbestimmung gehen, sondern auch um neue Regelungen zu Privatisierung, Ausgliederung oder Prozessbegleitung.

Mehr dazu unter: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/Themen/LPVG/index.jsp

PFLEGEVERSICHERUNG

Unionspolitiker kündigen einen Kurswechsel in der Pflegereform an. Neuer Zündstoff. Die FDP reagiert gereizt und beharrt auf die Einführung einer privaten Pflege-Zusatzversicherung.

Unions-Fraktionsvize Johannes Singhammer (CSU) spricht das aus, was seit geraumer Zeit in den Reihen der Konservativen rumort: „Ja“ zu einer Kapitalreserve in der Pflege, aber „Nein“ zur individuellen und kapitalgedeckten Pflichtzusatzversicherung. Singhammer rät zu einer anderen Lösung der Rücklagenbildung als bisher geplant – mit dem Ziel: „kollektives Eintreten vieler beim Bedarfsfall des Einzelnen“, zitiert ihn die Berliner Zeitung. Eine private Zusatzversicherung könne „nicht das Prädikat beanspruchen, gerecht zu sein“, formuliert er diplomatisch aber klar. Singhammer behauptet, dass alle Koalitionspartner die neue Linie unterstützten.

Streitpunkt: gerechte Finanzierung

Das scheint allerdings nicht der Fall zu sein, denn der Regierungspartner FDP dementiert zeitgleich. Gegenüber der Financial Times Deutschland (FTD) sagt Heinz Lanfermann, Gesundheitsexperte der Liberalen: „Es bleibt alles auf der Linie, die wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben.“ Kein Wort mehr von einvernehmlichem Richtungswechsel in der Pflegereform. Das FDP-geführte Bundesgesundheitsministerium springt ihm zur Seite und bemüht sich ebenfalls umgehend um Schadenbegrenzung: „Grundlage der Beratungen wird der Koalitionsvertrag sein“, so der Ministeriumssprecher Christian Lipicki kurz und knapp. Und in dem wurde die private Pflege-Zusatzversicherung als gemeinsames Ziel vereinbart.📄

Private Krankenversicherer wollen satte Gewinne abschöpfen

Der demografische Wandel macht ein schnelles Handeln bei der Pflegeversicherung notwendig, um eine Versorgung im Alter zu sichern. Dieses Ziel haben sich auch die Sozialdemokraten gesteckt. In die Zukunft einer menschenwürdigen Pflege im Alter müsse investiert werden, betont SPD-Parteivize Manuela Schwesig: „Gute Pflege gibt es nicht zum Nulltarif.“ Die Finanzierung will die SPD allerdings solidarisch absichern: Alle sollten einen Beitrag leisten, nicht allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber. Ihr Lösungsvorschlag: eine Bürgerversicherung in der Pflege.

Bislang hat die Regierungskoalition eine Entscheidung über die Pflegereform von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) für den Herbst vorgesehen. Doch ein Koalitionsstreit über den richtigen Weg gefährdet nicht nur den Zeitplan, sondern das gesamte Reformprojekt. Diese Entwicklung passt den privaten Krankenversicherer gar nicht: Sie bauen auf eine Neuregelung der Pflegeversicherung im Sinne der FDP. Heißt: Politik im Sinne der Klientel. Das System „private Krankenversicherung“ dient als Vorbild für die private Pflegezusatzversicherung und verspricht somit den Privatversicherern ein großes Geschäft.

Position der SPD-Düsseldorf

Die Düsseldorfer Sozialdemokraten haben am 2. Dezember vergangenen Jahres ein Eckpunktepapier zum Thema Pflege verabschiedet. Darin fordern sie u.a. eine Neudefinition des Pflegebegriffs. „Er muss sich stärker daran orientieren, welche Unterstützung Pflegebedürftige benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.“ Die SPD fordert in der Kommune den Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur.

Der Beschlusstext ist nachlesbar auf www.spd-duesseldorf.de

„Gute Pflege darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen, sondern von der Selbstverständlichkeit, dass es eine Gemeinschaftsaufgabe ist, sich um diejenigen zu kümmern, die alleine nicht mehr zurecht kommen.“

Karin Kortmann

Frauen brauchen gleiche Rechte und Chancen

In Deutschland ist die Zahl der Frauen in Führungspositionen immer noch verschwindend gering. Frauen haben viel schlechtere Aufstiegschancen als Männer und werden schlechter entlohnt. Doch statt endlich zu handeln, verabschiedet sich die schwarz-gelbe Bundesregierung von einer gesetzlichen Frauenquote für Unternehmen. Dies hat die Bundeskanzlerin definitiv erklärt.

Kein Fortschritt ohne Gleichstellung. In einer lebenswerten und solidarischen Gesellschaft haben Frauen und Männer die gleichen Chancen und Rechte. Von solch einer Gesellschaft sind wir noch weit entfernt. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Fortschritt auch bei der Gleichstellung. Das heißt konkret:

- 1. Mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen.** Die SPD fordert gesetzliche Regelungen, damit Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben. Wir wollen, dass mindestens 40 Prozent der Führungsfunktionen von Frauen besetzt werden.
- 2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.** Wir wollen, dass die Schere zwischen Frauen- und Männerlöhnen endlich geschlossen wird.
- 3. Gesetzliche Mindestlöhne.** Sieben von zehn Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Sie würden besonders von flächendeckenden Mindestlöhnen profitieren, die Schwarz-Gelb immer noch verweigert.
- 4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Wir wollen die Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen weiter ausbauen, damit Frauen und Männer Beruf und Familie partnerschaftlich teilen können.

Neue Broschüren der SPD-Bundestagsfraktion



Bestelladresse: SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 11011 Berlin Oder: www.spdfraktion.de

Mandatsverlängerung für Afghanistan beschlossen

Auszug aus der Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel im Deutschen Bundestag

„Es ist notwendig, viele Fehleinschätzungen der Vergangenheit zu korrigieren, nicht zuletzt die Realitätsverweigerung im Umgang mit den Bürgerkriegsparteien in Afghanistan. Ich erinnere mich noch gut daran, was für Kommentare laut wurden, als der damalige Vorsitzende der SPD, Kurt Beck, nach einer Reise nach Afghanistan zurückkam und sagte: Wir müssen auch mit den Talibanführern reden, die zu einem Versöhnungsgespräch bereit sind. Wir sind verhöhnt und verlacht worden. Heute ist klar: Ohne einen solchen Versöhnungsprozess wird Stabilität in Afghanistan nie zu erreichen sein...Wir

jedenfalls stimmen heute der Mandatsverlängerung mit großer Mehrheit zu, weil wir den Strategiewechsel in Afghanistan für richtig und erfolgversprechend halten und nicht weil wir etwa die regierungsinternen Kompromissformulierungen im Mandatstext richtig finden. Uns ist es egal, welche kabinettinternen Verrenkungen Sie da machen mussten, um Ihren Minister auf Linie zu bekommen. Wir stimmen zu, weil wir sicher sind, dass die Truppenreduzierung im Rahmen dieses Strategiewechsels im Jahr 2011 beginnen kann und wird und weil wir 2014 mit unserer Bundeswehr nicht mehr an Kampfhandlungen in Afghanistan beteiligt sein wollen.“



„Der größte Fehler in der Afghanistanpolitik ist, dass die internationale Staatengemeinschaft kein Regionalkonzept, sondern ein Länderprogramm entwickelt hat. Ohne die Hilfe der Nachbarstaaten wird es aber keine Befriedung in dieser Region geben.“

Karin Kortmann
(hier mit Jugendlichen in Kunduz)

„Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ hat sich im NRW-Landtag konstituiert“

Die SPD-Fraktion knüpft damit an eine schon lange intensiv geführte politische Debatte an. Die „soziale Stadt bietet Wohnraum zum Leben. In letzter Zeit jedoch kaufen vermehrt Fondsgesellschaften aus privatem Beteiligungskapital (Private Equity) große Wohnungsbestände in NRW auf. Die beobachtbaren Auswirkungen bergen hohe Risiken für die

Mieter und die Sozialstruktur der Kommunen. Die Kommission muss Ergebnisse zeitigen, die langfristig Bestand haben, denn je mehr Heuschrecken mit kurzfristigen Renditeinteressen die Wohnungsmärkte in NRW beeinflussen, desto wichtiger wird es, Mieter und Kommunen vor den Folgen ihrer Handlungen zu schützen. In einer Situation, wo zahlreiche neue Finanzinvestoren und Fondsgesellschaften ihre Modernisierungs- und Instandhaltungsausgaben

massiv zurückfahren, wo Neubau und Sanierung die Ausnahme sind, Mietpreise angehoben werden und Substanzverlust täglich erlebbar ist, da ist die Politik mehr denn je gefordert.

Die SPD will sich diesen Problemen widmen und wirksame Instrumente zur Behebung der Missstände erarbeiten, denn die bisherigen Möglichkeiten von Mietern sind nicht ausreichend, die Kommunen klagen indes über mangelnde gesetzliche Möglichkeiten.

Faire Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1.Mai

Impressum:

kurz&bündig

Hrsg.: Karin Kortmann
c/o SPD
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf



Ich habe auch eine
Website!

Besuchen Sie mich unter:
www.karin-kortmann.de

Europa rückt zusammen: Ab Mai greift die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dann haben auch alle Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas die Freiheit, in jedem Land der EU mit gleichen Rechten und Pflichten zu leben und zu arbeiten. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/4530) Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Sieben Jahre nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union greift zum 1. Mai 2011 für acht mittel- und osteuropäische Länder die so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. ArbeitnehmerInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben dann das uneingeschränkte Recht, auch in Deutschland zu arbeiten und zu leben. Bulgarien und Rumänien folgen Anfang 2014. Diese Freiheit bietet große Chancen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Aber sie muss politisch begleitet werden, um allen ArbeitnehmerInnen in Deutschland Schutz und Sicherheit zu bieten.

Lohn- und Sozialdumping verhindern

Wie sich die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt konkret auswirken wird, ist noch weitgehend unklar. Erfahrungen aus anderen EU-Staaten, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht eingeschränkt hatten, zeigen allerdings, dass klare Regeln zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen wichtig sind, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Da nach wie vor Einkommensunterschiede zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern bestehen, dürften Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern grundsätzlich bereit sein, auch zu schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu arbeiten. Die SPD Bundestagsfraktion fordert daher klare Regelungen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion konkrete Regelungen in den Bereichen Arbeitsbedingung und Entlohnung, Kontrolle, Mitbestimmung sowie Information und Beratung, um die Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 zu schaffen. Um einer Ausweitung von unsicherer Beschäftigung und Niedriglöhnen vorzubeugen, muss die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt werden. Das ist auch deshalb besonders wichtig, um Lohn- und Sozialdumping vor allem in der grenzüberschreitenden Leiharbeit zu verhindern.

Außerdem verlangt die SPD den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Alle Branchen müssen zudem in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden, damit Mindestlohtarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Nur so kann gewährleistet werden, dass ArbeitnehmerInnen aus dem EU-Ausland bei uns zu den gleichen Mindestlöhnen beschäftigt werden wie ihre deutschen KollegInnen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an zusätzliche Voraussetzungen wie die Einhaltung einer Lohnuntergrenze und der Tariftreue gebunden werden.

Mehr Mitbestimmung, bessere Beratung

Im Weiteren fordert die Fraktion, besser zu kontrollieren, ob bspw. Tarifverträge in Branchen eingehalten werden, die in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wurden. Betriebsräte sollen ein Mitbestimmungsrecht bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen von entsandten ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern erhalten.